

## Das Wichtigste vom Tage.

Das Einwanderungsverbot für Deutsche die früheren deutschen Kolonien soll von Anfang an 31. Januar aufgehoben werden.

Das französische Kabinett Begues ist zerfallen.

Das amerikanische Kriegsdepartement hat angeordnet, daß die Zahl der amerikanischen Besatzungstruppen im Rheinland von 15000 auf 7000 Mann herabgesetzt wird.

Die Konferenz der Sachverständigen in Asien wird erst Ende Januar ihre Verhandlungen aufnehmen.

Die englische Regierung beschloß umgehend in Deutschland eine größere Anzahl von Handelskammern zu errichten.

## Wünsche Sachsens an das Reich im neuen Jahre.

Die Halbmonatschrift Der getreue Eckart hat sich an die Minister- und Staatspräsidenten der Länder des Reiches mit der Bitte gewandt, die Wünsche der Länder an das Reich zu regieren. Für den Freistaat Sachsen nimmt der Ministerpräsident B. u. A. hierzu folgenbermaßen das Wort:

Was uns am meisten am Herzen liegt, ist die Regelung des Lastenausgleichs für die Kosten der Erwerbslosenfürsorge. Sachsen hat nur 7,7 Prozent der Einwohner Deutschlands, aber rund 29 Prozent aller Erwerbslosen des Reiches! Im künftigen Etat sind für Erwerbslosenunterstützung für das laufende Jahr nicht weniger denn 155 Millionen Mark vorgesehen, die Summe, die unser Land schwer belastet. Wir haben deshalb wiederholt vom Reich verlangt, daß es diese Lasten gleichmäßig auf die Länder, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, verteilt. Denn während uns die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge nahezu erdrücken, hat Preußen fast gar keine zu tragen, weil dort, was ja sich nur erträglich ist, keine Arbeitslosigkeit herrscht. Sachsen leidet also doppelt, einmal unter dem Darniederliegen seiner Industrie und außerdem durch die Kosten für seine rund 100 000 Erwerbslosen. Wir würden uns freuen, wenn das Reich im neuen Jahre den so sehnlichst erwünschten Ausgleich endlich finden möchte. Sachsen wünscht ferner, daß der jetzige Bestand des Reiches gewahrt bleibe, daß deutsch bleibe, was bisher deutsch war, und daß alle Bewohner in einem einheitlichen Deutschland leben und hoffentlich wieder glücklich werden können. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß Sachsens Regierung die Reichsverfassung als oberstes Recht in Deutschland ansieht und auf dem Standpunkte steht, daß sie zwingendes Recht ist, daß insbesondere Reichsrecht das Landesrecht bricht. Wichtige Arbeiten auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung werden in den nächsten Monaten diejenigen sein, die den Ausbau des Arbeiterrechtes, der Arbeitsvermittlung, der Sozialgesetzgebung überhaupt betreffen. Sachsen hat zu diesem Zwecke bei der Gefandtschaft in Berlin eine eigene Vertretungsstelle errichtet, durch welche darnach gestrebt wird, daß die Wünsche der sächsischen Arbeiterschaft an die Reichsgesetzgebung bei diesen Reformen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Wir hoffen, daß das Reich diese Wünsche Sachsens angesichts des Umstandes, daß wir zu 82 Prozent ein Industrieland sind, hochwollend erfüllt.

Sachsens Regierung hat durch mich die Bereitwilligkeit ausgedrückt, an allen Arbeiten des Reiches mitzuwirken. Wir werden Einspruch erheben und Änderungen fordern, wenn es notwendig erscheint, wir werden zustimmend mitwirken, wenn ein guter und nützlicher Erfolg zu erwarten ist. Die großen, der Erledigung harrenden wirtschaftlichen Aufgaben, die Vergemeinschaftung der Bodenschätze und die Kugfarmasung unserer Wasserkräfte zur Wasserbeförderung und Energieerzeugung sowie die Regulierung der Wasserläufe werden von uns in sozialistischem Sinne gefördert werden. Daß wir auf dem Gebiete der Ernährungspolitik einen langen Wunschzettel haben, versteht sich bei der Struktur unseres Landes von selber. Zwar haben die bisherigen Bemühungen Sachsens bei dem Reichsernährungsministerium, Sachsen besser mit Lebensmitteln zu versorgen, angesichts unserer Notlage wohl Beachtung gefunden. Ein Gleichgewicht zwischen Bedarf und Angebot ist aber bei weitem noch nicht erreicht, und wir können noch nicht sagen, daß die größten Schwierigkeiten für die sächsische Regierung überwunden wären. Soweit das Reich auf diesem Gebiete vorgeht, wird es unsere lebhafteste Unterstützung finden. Die Verhältnisse unseres vornehmlich industriellen Sachsens sind derart, daß es selbst dann noch erhebliche Hilfe des Reiches braucht, wenn alle sächsischen Randorte das vorsehrtebene Soll voll abliefern. Unsere gesamte Bevölkerung hofft, daß das Reich hier im kommenden Jahre erheblich durchgreifender helfen möge als bisher. Wir sind seit langer Zeit bemüht, vom Reich Staatsaufträge und Aufträge speziell auf dem Gebiete der Arbeiten des Wiederaufbaues für die sächsische Industrie zu erhalten. Unders ist die große Zahl unserer Erwerbslosen kaum ersatzbar. Sachsens bedeutende Exportindustrie bedarf dringend der Aufträge aus dem Weltmarkt. Unsere Bemühungen und solche Aufträge zu verschaffen, werden von der Regierung stets unterstützt werden. Wir führen ferner Verhandlungen mit der Reichsregierung und dem Sozialen Ausschusse des Reichstages zwecks Herbeiführung einer Laufenden Aufbesserung der Renten aus den Sozialversicherungen. Wir werden auch bei unserem Bestreben, die Reform des Schulwesens, des Seminarwesens und der Lehrerausbildung usw. innerhalb des Rahmens der Reichsverfassung durchzuführen, Gelegenheit haben, die Mitteln des Reiches zu erwirken, um der Jugendberziehung und der Schule den gebührenden Anteil am Wiederaufbau unseres Volkes zu sichern. Ebenso erhoffen wir Erfolg von unseren Verhandlungen mit der Reichsregierung über die rechtliche und finanzielle Abklärung der Religionsgemeinschaften gemäß § 88 der Reichsverfassung. Wir wünschen, daß die dem Staate in Artikel 173 der Reichsverfassung auferlegte Verpflichtung baldigst erfüllt, und daß die Religionsgemeinschaften sich nach den im dritten Abschnitt der Reichsverfassung gegebenen Bestimmungen umformen können. Ganz besonders aber erhoffen wir durch den nunmehr in Gang gekommenen Apparat der Reichssteuer-Einzugsbehörden baldigst weitere Überweisungen von Reichssteuererträgen zur Verfügung zu haben, um durch solche auch die Finanznot unserer Gemeinden mildern zu können. Damit allein werden wir freilich unsere Aufgaben noch nicht erfüllen können; wir werden vielmehr ernstlich an die Schaffung neuer Steuerarten herangehen müssen. Auch für die Milderung der Wohnungsnot werden wir der Hilfe des Reiches bedürfen, denn in Sachsen ermbiligt die Schaffung neuer Wohnungen Vermehrung der Zahl der Bergleute und damit Zunahme der Kohlenförderung und Inangabelegung stillgelegter Fabriken.

ferner sei betont, daß es eine Selbstverständlichkeit ist für andere Länder so auch für Sachsen ist, gemeinsam mit dem Reich undauhrerläßlich auf die Möglichkeit einer Revision des Vertrages von Versailles hinzuwirken. Diese notwendige Revision kann erreicht werden nur dadurch, daß das Gewissen der Welt gerührt wird, und das werden wir erreichen, wenn wir im Rahmen des Möglichen bestrebt sind, die harten Lasten, die der Sieger im Weltkriege gerade uns auferlegt hat, zu tragen und abzulösen, wenn wir also den Willen in die Tat umsetzen, das tun, wozu wir imstande sind. Wir müssen uns freimachen von jeder Feindschaft, und wir werden dazu beitragen, daß falsche Auffassungen über unseren Friedenswillen und unsere Friedenspflicht möglichst beseitigt werden. Das wird am ehesten erreicht, wenn der Wille zur Pflichtenfüllung — im Rahmen des Möglichen selbstverständlich — bei uns anhält, wenn wir uns freimachen von Rebanche und Satzgefühlen, die heute noch viele beherrschen, wenn das chauvinistische Kraftmeierium, das Mißtrauen gegen uns erzeugt, endgültig beseitigt wird, wenn wir daran denken, daß wir auch als 60-Millionen-Volk, gestützt durch den gemeinsamen Willen, imstande sein werden, uns in Zukunft als würdiges Mitglied der Völkergemeinschaft der Welt betätigen zu können. Wenn wir diesen Willen erkennbar werden lassen, wird das Gewissen der Welt gerührt, und der politische Sadismus, der noch viele beherrscht, die westlich unserer Grenzen wohnen, wird einer anderen Beurteilung Platz machen, erst recht, wenn daneben auch durch den Druck der Völker im Westen auf die Machtüber Europas eingewirkt wird. Ebenso sind wir in Sachsen daran interessiert, daß die Handelsbeziehungen mit den ehemals feindlichen Ländern wieder angeknüpft und weiter ausgebaut werden. Auch der nibelkender Gedanke der Weltwirtschaft, daß der Völkern, daß alle Völker an dem großen, gemeinsamen Werke der Welt arbeiten müssen, wird dazu beitragen, daß wir in absehbarer Zeit die gewaltigen Lasten, die uns durch den Friedensvertrag auferlegt worden sind, nicht mehr zu tragen brauchen, wenn durch die Weltwirtschaft, durch den Export von überflüssigen Produkten, durch Herannahme von dem, was die gütige Natur in anderen Ländern reichlich erzeugt, uns die Möglichkeit gegeben wird, unsere Arbeitskraft und Lust zum Leben wieder zu stärken. Handelsbeziehungen mit Rußland jetzt anzuknüpfen, ist eine Unmöglichkeit, so lange im Osten Deutschlands nicht der Friede Einzug gehalten hat. Wenn wir den Zustand der Vorkriegszeit wieder erreichten, würden wir heraus sein aus dem Elend der Gegenwart. Wir wünschen, daß dieser Zustand bald läme, nicht nur mit Rußland, sondern auch mit anderen Ländern. Wir haben die Pflicht, uns vor allem an Lieferungs- und leistungsfähige Länder anzuknüpfen, aber nicht zu vergessen, daß der Ausbau von Rußland auch für uns von Vorteil sein kann. Deshalb werden wir alles tun, wenn die Möglichkeit dazu geschaffen ist, auch auf das Auswärtige Amt einzuwirken, auch den Bedarf Rußlands an Erzeugnissen decken zu helfen, wenn Rußland den Willen bekundet, mit uns zu verhandeln, und wenn Rußland Zahlung leisten kann nicht in Gold und Geld, sondern mit dem Ueberflusse seiner landwirtschaftlichen und Naturerzeugnisse. Der Ausbau der zusammengebrochenen Länder kann nur in gemeinsamer planmäßiger Arbeit geschehen. Das russische Verkehrsnetz auszurichten, die großen Bodenschätze in Rußland nutzbar zu machen, wird eine gemeinsame Aufgabe Europas sein. Die sächsische Regierung wird diesen Zeitpunkt mit Freuden begrüßen.

Ganz erheblich interessiert ist Sachsen an den Handelsbeziehungen des Reiches mit der Fortentwicklung unseres Landes, speziell des westfälischen Industriegebietes, von einem Anschluß an das projektierte deutsche Wasserstraßennetz mit abhängig ist. Wir haben bereits erreicht, daß bei dem jetzt dem preußischen Parlament vorgelegten Entwurfe, der Fortführung des Mittelkanals von Hannover nach Magdeburg, die Verbindung mit der Saale, mit Weisung und mit Leipzig als untrennbarer Bestandteil dieses Kanals erklärt worden ist. Als Bedingung haben die sächsischen, Thüringische, Anhaltische, Braunschweigische und Bremische Regierung gestellt, daß bei der Durchführung des Mittelkanals durch die sogenannte Mittellinie der Anschluß Leipzigs unbedingte Voraussetzung ist. Ohne diese Garantie wäre die Zustimmung Sachsens zur Mittelkanal nicht gegeben worden. Wir hoffen, daß das Reich die Möglichkeit hat, das gewaltige Projekt nach Uebernahme der gesamten Wasserstraßen auf das Reich auszuführen, zur Entlastung unserer Eisenbahnen, zur Belebung des Verkehrs, zur Verbiligung der Frachten u. a. m. Wer Sachsens Wirtschaftswesen kennt, wird wissen, daß die vorgebrachten Wünsche nicht unbedeutend sind. Möge das Reich die Möglichkeit haben, sie zu erfüllen!

erschütterung der Rechtspflege.

In der allgemeinen Erschütterung der staatlichen Autorität ist leider auch die Justiz nicht ganz unberührt geblieben. Die Rechtspflege sollte das letzte sein, das von dem allgemeinen Zweifel angegriffen wird. Die sozialdemokratischen Klagen über Klassenjustiz sind zwar alt, aber es haben sich unzweifelhaft nach der Revolution einige Fälle ereignet, die zwar nicht gerade den Vorwurf der Klassenjustiz rechtfertigen, aber doch die Objektivität der Rechtsprechung, an die man früher gewöhnt war, vermissen lassen. Es waren u. a. die verschiedenen Verfahren, die der Sache für die Lösung Liebknecht und der Rosa Luxemburg galten, die zu allerlei Bedenken Anlaß gaben. Zu diesen Fällen gehört auch der neueste, der so viel Kopfschütteln erregt, nämlich der Beschluß der dritten Strafkammer des Landgerichts 2, Berlin, den Oberleutnant Vogel zu amnestieren, der seinerzeit die getübte oder halbtote Rosa Luxemburg in das Wasser werfen ließ und eine falsche dienstliche Meldung erstattete, um die Mörder der Strafe zu entziehen. Wegen diesen Beschluß hat der Staatsanwalt Beschwerde erhoben, und, wie man hört, dürfte die nächste Instanz, die sich mit der Sache befassen wird, sich dem Urteil der genannten Strafkammer nicht anschließen. Dieses Urteil selber liegt jetzt im Wortlaut vor, und man muß, wie das Leipz. Tagebl. dazu bemerkt, gesehen, daß die Begründung keinen guten Eindruck macht. Es wird zugegeben, daß die Straftat Vogels einen schweren und erheblichen Nachteil verursachte. Es ist bekannt, wie viel Unruhe diese Vorgänge zu Anfang des Jahres 1919 hervorgerufen haben und wie sie von den Spartakisten agitatorisch für ihre Kutschbestrebungen ausgenutzt worden sind. Man führt die Begründung des Urteils an, daß bei den Regierungstruppen eine große Erbitterung gegen Frau Rosa Luxemburg herrschte, weil sie gegen die Regierung gekämpft habe. Wir sind der Ansicht, daß man die Rücksicht auf die Regierung in diesem Falle ruhig aus dem Spiel lassen soll. Die politischen Beweggründe aber, die das Urteil zur Entlastung anführt, können u. E. ein Verbrechen, wie das des Oberleutnants Vogel nicht entschuldigen. Das Urteil muß selber zugeben, daß Frau Luxemburg ja schon festgenommen und machtlos war, daß es sich also nicht um die eigentliche Abwehr eines hochverraterrischen Unternehmens handeln konnte, als man sie tötete und ins Wasser warf. Aber es wird ausgeführt diese Straftaten seien doch als im Zusammenhang mit jener Abwehr begangen anzusehen. Das ist eine so künstliche Konstruktion, daß man im Interesse des Ansehens der Rechtspflege wirklich darauf hätte verzichten sollen. Das Urteil räumt weiterhin ein, daß die Handlungsweise des Beurteilten eine unerhörte Rohheit und Sittenlosigkeit erkennen lasse, wendet dann aber die Tatsache, daß der Täter die Mörder hat der Strafe entziehen wollen, zu seinen Gunsten mit dem Argument, daß er also doch nicht lediglich aus Rohheit, Eigennutz u. dergl. gehandelt habe! Wir glauben, daß viele Richter dieses Urteil mit tiefer Betrübtheit lesen werden. Wenn derartige Vorkommnisse dann darf man sich freilich nicht wundern, wenn eine heftige Protestbewegung der Radikalen gegen solche Herausforderungen einsetzt. Darunter muß der Ruf der Rechtspflege leiden und mit ihr die Autorität des Staates, und so viel ist am Ende die Person des Oberleutnants a. D. Vogel nicht wert.

## Die deutsche Protestnote gegen den polnischen Terror.

In einer gestern der Wilkatterkonferenz in Paris übermittelten Note die gleichzeitig den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist, legt die deutsche Regierung in Ergänzung der in ihrer Note vom 4. d. M. gemachten Mitteilungen eingehend die von Tag zu Tag unerbittlicher werdenden Zustände dar, wie sie sich seit dem blutigen polnischen August 1919 fortentwickelten. Un-

...kne, ...ur straf-... obige... ung vor, ...wünschten... brüchlich, ...altpolizei... abrit... ne... nge... käse... Müller... ng! 50... (der) 50... 40... Größe... nhschrift. 36... 176... 18... 200... 22... 280... 24... Baargroß... 48... pfe... ehlt... Bertel... A!... schine... re. —... agkraft!... nheit! —... bezor... Eie... pelt und... Bertreter... . 11... ruf 488... gur... rastrofen... chälften... folge, auf... elangen... de Berlin... rastrofen... ba: „Die... hönheit da... men“ gep... der Wort... wwarz... 21. 248... rastrofen... lides wert... ch, ...schäfern... . 2. 227... ner, ...ophon im... vorzugs... Mactes... esuch... Beschäft... h!... geistlich... Erze.

erböte Gewalt, und Greuelstaten folgen sich in ununterbrochener Reihe. Die Polen sind in aller nur denkbaren Formen politischen Terror. Im Bereiche der polizeidirektion Kattowitz ist seit dem Eintreffen der interalliierten Kommission die Anzahl der Morde um rund 243 Prozent, die der Raubüberfälle um 90 Prozent gestiegen. Die trostlose Lage in Oberschlesien hat ihre Ursache in der Unzulänglichkeit der Maßnahmen der interalliierten Kommission, die es trotz der ihr zur Verfügung stehenden Truppen unterläßt, irgendwie energisch gegen die Verbrecher und Banditen vorzugehen und von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unparteiisch Gebrauch zu machen und an die Stelle der aufgelösten deutschen Polizei neue, mit unsicheren Elementen stark durchsetzte Polizeikräfte gesetzt hat, die in keiner Weise für ihre Aufgabe taugen. Die deutsche Regierung erwartet von den alliierten Regierungen kein Mittel unversucht zu lassen, um der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit zu geben, ohne das eine freie, geheime und unbefleckte Abstimmung unmöglich ist. Die der deutschen Note beigefügten Anlagen geben ein trostloses Bild von den gegenwärtigen Sicherheitsverhältnissen in Oberschlesien und enthalten eine Auswahl der besonders markanten Gewalttaten der letzten 4 Monate. In dem Schlusssatz der Anlage werden 22 Fälle aufgeführt, in welchen es Schwerkverbrechern gelungen ist, nach vollbrachter Tat die Grenze zu überschreiten und ungehindert polnisches Gebiet zu erreichen.

Wie die Bossische Zeitung aus Kreisen der ober-schlesischen Industrie erfährt, tragen die Berichte über polnische Wutskizzen ernsthafte Charakter. Die Pläne sehen auch den Einmarsch der in zunehmender Stärke an der ober-schlesischen Grenze versammelten polnischen Truppenteile vor. Man hofft aber, daß der von den Wutskizzen unterrichtete General Verond nunmehr mit aller Entschiedenheit dagegen einschreiten werde.

### Deutsches Memorandum über die Entwaffnungsfrage.

Ein Memorandum der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung hat dem nach Paris reisenden General Rollet ein deutsches Memorandum über die Entwaffnungsfrage mitgegeben. Dieses Memorandum ist im Auswärtigen Amt zusammengestellt worden und umfaßt alles vorliegende Material, insbesondere auch das über die ostpreussischen und die bairischen Einwohnerwehren. Wenn der Temps mittelst, daß Frankreich bei dem Obersten Rat beantragen will, daß Deutschland aufgefordert werde, innerhalb kurzer Frist die schweren Waffen der bairischen Einwohnerwehren abzuliefern, so kann dazu gesagt werden, daß die bairische Einwohnerwehr gar nicht über schwere Waffen verfügt. In politischen Kreisen Berlins nimmt man an, daß die wiederholt angelegte Reise des bairischen Ministerpräsidenten von Kahr nach Berlin jetzt nicht stattfinden wird, da die deutsche Regierung grundsätzlich ablehnen will, welche Entschleunigungen des Obersten Rates General Rollet von seiner Reise nach Paris mitbringen wird, ehe man in neue Besprechungen eintritt. Nach dem Temps soll Frankreichs Vorschlag in bezug auf Bayern dahin gehen, daß das Weiterbestehen der Selbstschutzorganisationen nur als provisorisch betrachtet werden soll, daß sie aufgelöst werden müssen, sobald die Gewähr dafür besteht, daß die Sicherheitspolizei in Verbindung mit der Reichswehr stark genug ist, aufzutretende bolschewistische Aufstände niederzuschlagen. Bayern würde, so hofft man in Berliner politischen Kreisen, sich wohl mit einer solchen Lösung der Einwohnerwehrfrage einverstanden erklären können, wenn es bis zu diesem Zeitpunkt seinen Selbstschutz tatsächlich in genügender Stärke und genügender Bewaffnung aufrechterhalten darf.

### Das gefährdete Erbe.

Roman von Ulwin Römer. (11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Voll heimlicher Freude über die Aussicht, die un-bequeme Ueberwacherin hier los zu werden, bemühte er sich redlich, Bornetter in seinem Vorhaben zu bestärken. Dabei war er vorsichtig genug, ihrer Täuschlichkeit und Umlicht Loblieder zu singen. Man konnte nie wissen, was sie von seinen Worten wiedererfuhr. Und Nachgefühle wollte er in ihr nicht erwecken. Drei Tage nach Herrn Bornetters Abreise kam richtig ein Brief vom Hauptgeschäft an Fräulein Nisch-bleser, in dem ihr für Anfang Oktober eine Rückkehr in eine der Berliner Villalen oder ein Tausch mit Fräulein Tormann in Küstrin vorgeschlagen wurde. Später könne sie gemäß auch ihren Platz in Saldenstein wieder einnehmen, für die nächsten Monate jedoch sei das un-tunlich. Herr Bornetter hatte seinen gescheiterten Teil-hat. er also zu überreden gemußt. Kurzerhand ging sie aufs Postamt und telegra-phisierte zurück: „Befehle auf Vertrag und bleibe in Saldenstein mit dreimonatiger Kündigung, die ich hiermit von Oktober ab gerechnet ausspreche.“ Daraufhin hatte Herr Nilsen in einem persönlich gehaltenen Schreiben versucht, sie umzustimmen und des Heben Friedens wegen nachzugeben. Hatte ihr für Kü-strin sogar eine Gehaltsverhöhung angeboten. Sie war jedoch fest geblieben. Es wäre ihr wie eine Strafbefehlung erschienen, die die unschuldige Annelore mitge-troffen hätte. Den Triumph sollten die braven Sal-densteinner denn doch nicht erleben! Wie zu erwarten stand, erhielt sie den Bescheid, daß man schon vom 1. Oktober an auf ihre Dienste ver-zichten müsse. Jedoch sei der Geschäftsführer angewie-

### Die Kosten der Besatzungstruppen.

Der Berliner Berichterstatter der Daily News will aus amtlichen amtlichen Kreisen erfahren haben, daß die Kosten der Erhaltung der verschiedenen alliierten Besatzungstruppen im Rheinlande seit dem Waffenstillstande betragen für das amerikanische Heer 263 474 170 Dollar, für das britische Heer 51 900 800 Pfund Sterling, für das französische Heer 2 002 998 080 Franken, für das italienische Heer 15 207 717 Lire und für das belgische Heer 314 940 698 belgische Franken. Außer den in natura erfolgenden Lieferungen im Betrage von vielen Milli-arden Mark habe Deutschland in bar bisher folgen-de Summen bezahlt: für das amerikanische Heer 608 Millionen Mark, für das britische Heer 266 Millionen M., für das französische Heer 142 784 000 Mark, für das belgische Heer 49 185 000 Mark. Ein Vergleich zeige, daß die Unkosten des amerikani-schen Heeres im Verhältnis zu dem französischen phantastisch seien. Uebrigens betragen nach neuerer Schätzung amtlicher amerikanischer Verwaltungen die Unkosten für das amerikanische Heer jetzt 86 000 Dollar oder 6 Millionen täglich.

### Die Stellungnahme der Eisenbahnerverbände.

Die erweiterten Vorstände der drei großen Eisen-bahnerverbände haben nunmehr zu den Regierungsvor-schlägen Stellung genommen und in mehr oder weniger scharfer Form erklärt, daß ihre Mitglieder sich mit den bisher gemachten Zugeständnissen nicht ein-verstanden erklären. Damit haben sich die Eisenbah-ner auf den Boden der Entscheidung des Deutschen Be-nanntenbundes gestellt, der die Besatzungsregeln für die schlesischen Eisenbahnen als unzulänglich bezeichnet. Wie wir hören, sollen deshalb zwischen den Vertretern der Ministerien und den Delegierten der Eisenbah-ner Verbände erneute Besprechungen stattfinden, in denen welche andere Beamtenfragen durchgezogen werden sollen. So wünschten die Eisenbahner eine Be-seitigung der Frage, die mit der Anrechnung des Dienstalters, der Arbeitsjahre und des Lebensalters der Eisen-bahnangestellten in das Beamtenverhältnis nicht zusammenhängt. Ferner wird eine Neuregelung der höchsten Zulohnungsstufen gewünscht, die den Dienstverhältnissen in den Ostprovinzen zugrunde gelegt werden. Die Beamten legen auf dem Standpunkt daß die keiner ein zugewandelter Zulohnungsstufen der allgemeinen Zulohnung der Lebenshaltung, die heute in den kleinen Städten fast ebenso gestiegen ist wie in den Industriezentren und Großstädten, den wirklichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen.

Neue Wohnbewegung der Berliner Volkshausbewegung. Die Angehörigen der Berliner Volkshausbewegung sind in eine neue allgemeine Wohnbewegung eingetreten. Die Angehörigen der Hochhausbewegung fordern eine Erhöhung von 40 Prozent. Die neue Wohnbewegung wird von den Kommunisten in Verbindung mit der allgemeinen Streikbewegung in Berlin gedrängt.

### Sächsischer Landtag.

Nach Erledigung einiger kurzer Anfragen vabschle-de der Landtag gestern zunächst eine Regierungsvor-lage über die Aufhebung des zwischen Sachsen und den ehemaligen Fürstentümern Neuchâtel und Neuchâtel über den Ankauf der Fürstentümer an das säch-sische Oberverwaltungsgericht abgelesenen Staatsvertrages. Die Kammer stimmt der so-ortigen Aufhebung des Vertrages, der eigenlich noch bis 1932 Geltung gehabt hätte zu. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Verlängerung der Wahlbauern der Mitglieder des Landeskulturates und des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskulturat, führte

zunächst Abg. Schembler (Soz.) aus, daß der Landes-kulturrat wohl auf technischem Gebiet vorbildlich ge-wirkt habe, auf sozialem Gebiete rückständig geblieben sei. Er sei nichts als eine Interessenvertretung der Landwirte gewesen und es gälte nun ein Gegengewicht gegen ihn im Interesse der Verbraucher zu schaffen. Der Redner stellte den Antrag, die Vorlage dem Rechts-ausschuß zu überweisen. Abg. Müller (Unabh.) wei-der sprach grundsätzlich der Verlängerung der Wahlbauern Abg. Claus (Dem.) bekräftigte eine anderweitige Gestaltung des Landeskulturates, weil die gegenwärtige Zusammenfassung sehr einseitig sei. Auch er stimmte der Ueberweisung zur Ausschußberatung zu. Abg. Donath (Dtsch. Vp.) sprach im gleichen Sinne. Abg. Wetmer (Kom.) fordert die Beteiligung des Landeskulturates überhaup. Abg. Schmidt-Freiberger (Dtschnat. Vp.) stimmte der Vorlage zu, wünschte aber sofortige Schluß-beratung, da die Angelegenheit keinen Aufschub dulde. Geheimrat Dr. Sala bat namens der Regierung um so-ortige Verabschiedung des Entwurfes, weil sonst in der Zwischenzeit eine berufliche Vertretung der Land-wirtschaft überhaupt nicht bestände.

Der Antrag auf Ueberweisung an den Rechtsausschuß wird daraufhin gegen die Stimmen der Sozialdemokra-ten, der Unabhängigen und der Demokraten abgelehnt. Infolgedessen wird die Vorlage in den nächsten Tagen im Landtag zur Schlußberatung kommen. Die nächste Regierungsvorlage, der Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts für Volljährigkeitserklärungen, wurde in sofortiger Schlußberatung angenommen. Minister des Innern Lippinski gab bekannt, daß die sächsische Staatsreale-gierung bei der Reichsregierung beantragt habe, das Minderjährigkeitsalter auf 20 Jahre herabzusetzen. Die Re-gierungsvorlage über die Aufhebung des Gesetzes über die Zulassung zur Ausschließung künftiger Abgabew-pflichtiger von öffentlichen Vergünstigungen sorten wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen an-genommen. Nächste Sitzung Donnerstag, 13. Januar, 1 Uhr. Tagesordnung: Wohnungs- und Siedlungs-fragen.

### Kleine politische Meldungen.

Drohende Verkehrsbeschränkung. Seit dem Beginn der Ausführung des Spa-Abkommens hat der Eisen-bahnerverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivfeue-rung notwendigen Kohlenarten nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen. Zurzeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als 10 Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefährdungspunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkohlen nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

Rücktritt der französischen Regierung. In der gestrigen Kammer Sitzung standen drei Interpella-tionen auf der Tagesordnung, eine über die Finanzpoli-tik der Regierung, eine über die Entwaffnung Deutschlands und eine über die allgemeine Poli-tik der Regierung. Ministerpräsident Legeres lehnte es ab, diese Interpellationen sofort zu beantworten und verlangte ihre Vertagung. Nach kurzer Debatte wurde die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Das Ministerium ist darauf zurückgetreten.

Preußenminister gegen Reichsminister. Im Hauptaus-schuß des Reichstages kam es gestern vor Eintritt in die Be-ratung des Etats des Innern zu scharfen Auseinan-dersetzungen zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Reichsminister des Innern Koch über das Siedlungsweisen in Preußen, wobei u. a. Braun den Vor-wurf erhob, daß einzelne Reichsressorts unterirdisch gegen die preussische Regierung arbeiteten.

Rücktritt der medlenburgischen Regierung. Infolge des im medlenburgischen Landtag zum Ausdruck gebrachten Miß-trauensvotums der linken Mehrheit überreichte das gesamt-e Staatsministerium dem Hause seine Rücktritts-erklärung. Ministerpräsident Dr. Reinde-Bloch betonte dabei ausdrücklich, daß das Ministerium das Verhalten des Justizministeriums billigen müsse.

Ludendorff klettert sich der Entente an? Der Berliner Korrespondent des Matin behauptet, daß der englischen und der französischen Regierung ein langes Memo-randum Ludendorffs über die bolschewistische Gefahr zugegangen sein. Ludendorff führe aus, daß der Bolschewi-mus nur durch eine militärische Aktion vernichtet werden könne, die Europa früher oder später unternehmen müsse, wobei die Mitwirkung Deutschlands notwendig sein werde.

### Von Stadt und Land.

Regierung und Kirche in Sachsen. Die sächsische Regierung hat dieser Tage bei der Reichsregierung mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Vorlegung des in der Reichsverfassung angeforderten Gesetzentwurfes über die Trennung von Staat und Kirche dringend notwendig sei. Die Länder könnten nicht jahrelang auf die Erledigung der grundsätzlichen Fragen warten, da das schwere Nachteil zur Folge haben müßte. Uebertragung der Wasserstrafen auf das Reich. Am 11. Januar sind im Finanzministerium zu Dresden Ver-treter der Reichsregierung und der beteiligten 15 Länder zur Fortsetzung der Beratungen über die Uebertragung der Wasserstrafen auf das Reich zusammengetreten. Zur Be-gründung der Herren war der Staatsminister Held erschienen. In längerer Ausführungen verwies er auf die politische wirtschaflich gleich bedeutsame Aufgabe, deren Lösung die Verammlung obliege. Er begrüßte die Bereitwilligkeit der

Sächsischen Landtag... Die wirtschafliche Lage... Die sächsische Staatsreale-gierung... Die Reichsregierung... Die medlenburgische Regierung... Ludendorff... Von Stadt und Land... Regierung und Kirche in Sachsen... Uebertragung der Wasserstrafen auf das Reich...

Sächsischer Regierung, an der Durchführung des großen Werkes... (Sächsische Regierung, an der Durchführung des großen Werkes...)

Erhöhte Kinderzulagen für die sächsischen Beamten. Wie wir erfahren, hat der Haushalts-Ausschuss des sächsischen Landtags beschlossen, die sächsischen Beamten bezüglich der Kinderzulage mit den Reichsbeamten rückwirkend ab 1. April 1920 gleichzustellen.

Meisterprüfung. Vor der zuständigen Meisterprüfungskommission hat sich leghin der Fleischer Kurt Matthes in Aue l. Erggeb. der Meisterprüfung unterzogen und sie bestanden.

Aufnahme an den Seminaren. Für Ostern 1921 wird an den Lehrerseminaren nochmals eine 7. Klasse aufgenommen, deren Schüler auf dem bisherigen Wege auf den Beruf des Volksschullehrers vorbereitet werden.

Keine Darlehen an Kriegsteilnehmer mehr. Nach einer Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums können Darlehen aus dem gewerblichen Genossenschaftsstock an die aus dem Felde heimgekehrten oder sonst infolge des Krieges wirtschaftlich besonders Geschädigten nicht mehr bewilligt werden.

Arbeits-Tribunal. Auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit bei der Firma Schorler & Steubler, Maschinenfabrik, kam heute der Elstendorfer Richard Emil Vogel, Aue, Wegscheide Nr. 18 wohnhaft, zurück.

Der Wucherparagraf und die Gastwirte. Im Prüfungsausschuss des Landtages kam eine Eingabe des Hansabundes zur Beratung, die darum ersucht, die Sotellers, Gasthofsbesitzer, Restaurantbesitzer, Konditoren, Bäcker usw. von dem Wucherparagrafen und Wucherparagrafen des Wuchergesetzes auszunehmen.

Die Höchstpreise von Benzin und die für solches festgesetzten Höchstpreise sind infolge Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers vom 22. Dezember 1920 (Reichs-Gesetzblatt 1920, Seite 21645) von diesem Tage ab aufgehoben.

Eine Neuerung im Fernsprechwesen. Bisher waren die Inhaber von Fernsprechanlagen, die den Fernsprecher in mehreren Zimmern benötigten, oder ihn des Nachts an ihrem Bett haben wollten, gezwungen, sich einen oder mehrere Nebenanschlüsse anlegen lassen.

Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Theatergesellschaft. Seit dem allgemein dankbar anerkannten Märken der Vereinigung der Kunstfreunde war unsere Stadt von dem sogenannten Schmiererunwesen erfreulicherweise lange verschont gewesen.

Das Unternehmen des Herrn Israel soll, wie es in den Anzeigen weiter hieß, berufen sein, gegen die Darstellung minderwertiger Theaterstücke, sowie Schundliteratur vorzugehen.

Personen gab es in dem Stücke nicht — blieben unbefangt, weil die Deutschen Kammerspiele es gar nicht für nötig erachteten, Theaterstücke zum Verkauf zu bringen.

Die Zuschauer schienen von dem Dargestellten nicht sehr erbaud zu sein, der Beifall wenigstens war sehr matt. Gelegentlich hörte man sogar sehr kräftige abfällige Äußerungen.

Carolatheater-Stückspiele. Im Carolatheater nimmt der 20-tägige Auslands-Film Judex unter enormem Andrang des Publikums seinen Fortgang. Wie der erste und zweite Teil, so ist auch der dritte von größter Spannung.

Plauen, 12. Januar. Neue Industriezweige. Um die Arbeitslosennot zu lindern, ist die Stadtverwaltung Plauen bestrebt, neue Industriezweige und damit Beschäftigung nach Plauen zu bringen.

Rüdingen, 12. Januar. Für Wegfall der Luxussteuer. In einer Versammlung der Musikinstrumenten-Industrie von hier und Marxneukirchen wurde beschlossen, beim Reichsfinanzministerium wegen Wegfall der Luxussteuer für geringwertige Instrumente bezw. durchgreifende Milderungen vorstellig zu werden.

Dresden, 12. Januar. Die internationale Elbekommission tritt am 24. d. Mts. in Dresden zu einer Konferenz zusammen. An dieser nehmen außer den Vertretern Deutschlands und der Tschechoslowakei auch England, Frankreich, Italien und Belgien teil.

Kohle, 12. Januar. Ein Bauerngut niedergebrannt. Am Montagabend entstand auf noch unaufgeklärte Weise in der Scheune des Gutsbesizers Oswald Horn in Gleisberg Feuer, das bei heftigem Sturm schnell um sich griff.

Bischofswerda, 12. Januar. Ein Tänzerstreit brach in einem hiesigen Balllokal aus. Die Kapelle verlangte 20 Pfg. für die Tour, während die Tänzer nur den bisherigen Preis von 15 Pfg. bezahlen wollten.

Sprechsaal.

Dieser Rubrik dient zum freien Meinungsäussern unterer Leser. Die Schriftleitung übernimmt dafür nur die redaktionelle Verantwortung.

Helft Oberschlesien fürs Deutschland zu retten!

Um die recht zahlreichen opferbereiten abstimmberechtigten Oberschlesier für die Dauer der Abstimmung in der besten Weise unterzubringen, haben die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier zahlreiche ansässige Familien in Oberschlesien angegangen.

Ich richte daher an alle gut deutsch gesinnten hiesigen Familien die Bitte, das vaterlandstretende Unternehmen der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier dahingehend zu unterstützen.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Ortsgruppe Aue l. Erggeb. Oberingenieur A. Glabeczek, Aue l. Erggeb., Körnerstr. 1.

Vermischtes.

Das Befinden der ehemaligen Kaiserin. Der frühere deutsche Kronprinz ist gestern nach Doorn abgereist, um seine kranke Mutter zu besuchen, deren Gesundheitszustand noch immer äußerst besorgniserregend ist.

Italien gerüstet seinen Zeppelin. Der Zeppelin L 57, das erste der beiden von Deutschland an Italien abgelieferten Luftschiffe, machte nach seiner Ablieferung in Gegenwart des

Rönlgs eine Probefahrt, erlitt aber bei der Landung erhebliche Beschädigungen, die die Ausmischung einiger Teile notwendig machten.

Explosion von Feuerwerkskörpern. Wie der Berl. Vol.-Anz. meldet, explodierten im Stadttinnen von Riga in dem dort gelegenen pyrotechnischen Laboratorium mit furchtbarer Gewalt die dort aufgespeicherten Feuerwerkskörper.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Eisenbahnerbewegung. Berlin, 18. Januar. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten hat gestern eine Entschliebung gefasst, in welcher der angebotene Vergleich der Regierung als unannehmbar bezeichnet wird.

Ausperrung in der Metallindustrie. Berlin, 18. Januar. Nach einer Meldung des B. L. aus Leipzig beschloß der Verband deutscher Metallindustrieller, da noch in 15 Betrieben der Leipziger Metallindustrie gestreikt wird, vorläufig 50 Prozent der in den Betrieben beschäftigten erwachsenen Arbeitnehmer, welche Mitglieder des Metallarbeiterverbandes sind, am 18. Januar auszusperren.

Zum Sturz des französischen Kabinetts. Berlin, 18. Januar. Zu dem Sturz des Kabinetts Leggues erklärte das B. L., daß Leggues gezwungen worden sei, zurückzutreten, weil man fürchtet, er werde bei den Verhandlungen mit England nicht genügend widerstandsfähig sein.

Paris, 18. Januar. Sämtliche Abgeordnete hoffen, daß die Ministerkrisis nur von kurzer Dauer sein werde. Damit möglichst verhindert wird, daß die für den 19. Januar angelegte interalliierte Konferenz vertagt werden muß.

Die Abstimmung in Oberschlesien steht nun kurz bevor und darum tut Eile not. Ich bitte daher jede Familie, die gewillt ist, ein Kind für die vorerwähnte Zeit aufzunehmen, diesbezügliche Mitteilung möglichst zu richten an:

Inventur-Sonder-Verkauf. Abtl. Lebensmittel. Tafelmargarine 18.00 Pfund, Schmelzmargarine 18.50 Pfund, Schweinefleisch, gerant. rein 16.75 Pfund, Erbsen, grün 3.25 Pfund, Vollreis 4.85 Pfund, Salz 2 Pfund 0.55, Bohnenkaffee 6.50 Pfund, Cichorien 'Echt Frank' 1.75 Pfund, Kaffeesatz, Macafena, Spartana, Kornfrank 3.25 Pfund. Kaufhaus Schocken.

Nr. 735 an das hiesige Fernsprechnetz angeschlossen. Gleichzeitig empfehle ich mein überaus reiches Lager in Tüten, Beuteln, Einschlag- und Packpapieren aller Art, Größen und Formate. Drucksachen aller Art. Geben Sie Preis und Maße. Willy Meyer, Aue, Erggeb., Papierwaren, am Bahnhof (Ecke).

Kaufhaus Weichhold Inventur-Ausverkauf!

Wir führen Wissen. SLUB. Wir führen Wissen.

# Alle Oberschlesier

die sich noch nicht gemeldet haben, werden gebeten, sich sofort bei der

**Ortsgruppe d. Vereinigten Verbände heimattr. Oberschlesier**  
in Aue i. Erg., v. H. Oberingenieur Stadler, Aue i. Erg., Körnerstr. 1

zu melden, da die Abstimmungslisten in nächster Zeit geschlossen werden.

## Rosa Luxemburg — Karl Liebknecht Gedächtnis - Feier

Sonnabend, den 15. Januar 1921, abds. 7 Uhr  
im Saale des „Blauen Engel“

veranstaltet von der

**Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands**  
(Sektion III, Internat.) Ortsgruppe Aue.

Alles weitere durch Plakate und Programme.

# Mein Inventur-Ausverkauf

beginnt Sonnabend, den 15. Januar.

Derselbe bietet die denkbar günst. Gelegenheit  
**erstklassige Ware**

zu erstaunlich billigen Preisen einzukaufen.

# Max Rosental, Aue, Markt 3

# Mein Ausverkauf hat begonnen!

Die Preise sind enorm billig!

Für Wiederverkäufer seltene Gelegenheit!

Bis Ende März müssen sämtlich Kleiderstoffe,  
Wäschestoffe, Anzugstoffe, Barchene, Handtücher,  
also sämtliche Stoffe,  
die nicht zur Stickereifabrikation gehören, geräumt sein!

**A. Schlesinger, Stickerei-Fabrik, Oberschlema.**

## Berlinertragen mit Wuff

preiswert zu verkaufen.  
Niederschlema 26 b.

## Konfirmations-Kleid

Schwarz, sehr gut erhalten  
zu verkaufen.  
Zeppelinstr. 14 II, rechts.

## Konfirmantenkleid

noch wie neu, preiswert zu  
verkaufen.  
Sauerfranken im Auer Tageblatt.

## 1 Drehbank

15 cm Spindelhöhe,  
120 Drehlänge,  
**1 Spindelpresse**  
15 cm Hub, 45 mm Spindelst.  
**42 m Eisenwelle**  
38 mm Durchmesser, geschlossen  
zu verkaufen bei

**Gustav Meyer jr.,**  
Brehnan i. Erg.,  
Tel. 390, Amt Annaberg

Blauer  
**Konfirmanten-  
Anzug**  
für Markt 150 zu verkaufen.  
Zu erf. im Auer Tagebl.

## Verkaufe billig:

**1 neue Kücheneinrichtung**  
(spottbillig)  
**2 Küchenschöfen**, 870—900 W.  
**1 moderne Bettstelle**, neu  
**1 Arbeitstisch**,  
**1 Paar Bilder** (Schubengel)  
**1 Paar Stiefel**, Nr. 28, 65 W.  
**1 Paar Militärstiefel**,  
Größe 28  
**1 Arbeitstisch** für 18 jährig.  
Burschen, Preis 10 W.  
**1 kleine Küchengarnitur**  
mit Rahmen 35 W.  
**1 guter Bettüberzug** mit  
Bettuch.  
**Ernst Mehlhorn,**  
Schneeberg,  
3 wickauer Straße 98.

# Gross. Inventur-Ausverkauf

Von Freitag, den 14. Januar bis 21. Januar 1921

verkaufe ich  
sämtliche Waren in  
meinem Geschäft **10** Prozent  
billiger.

Damenstiefel, Rindleder . 111.— Mk.  
echt Box von 146.50 „ an,  
Herrenstiefel, „ „ 160.50 „ an.

Kinderstiefel und Filzwaren extra billig.

# Schuhwarenhaus Siegfried Kaiser.

Aue i. Erg., Markt 5.

Fernspr. 748.



**VEREINIGUNG DER KUNST-  
FREUNDE DES ERZGEBIRGES**

Montag, den 17. Januar, 1/8 Uhr  
„Bürgergarten“

.. Gastspiel der Mitglieder der Chemnitzer Stadttheater ..

## „Gyges und sein Ring“

Eine Tragödie in 5 Akten von Friedrich Heibel.

Eintrittskarten zu 2 bis 8 Mk. in den bekannten  
Verkaufsstellen.

**Notiz!** Neue Abonements für weitere 10 Ver-  
anstaltungen werden in den Kartenvor-  
verkaufsstellen entgegengenommen. — Es wird nochmals  
darauf ausmerksam gemacht, daß die bisherigen  
Abonements bis 20. ds. Mts. erneuert werden  
müssen. Von diesem Tage ab wird über alle nicht  
wieder abonnierten Plätze frei verfügt.

## Apollo-Lichtspiele Aue

Bahnhofstr. ALA Fernruf 768

Freitag bis Montag,  
den 14. bis 17. Januar:

# Der Vampir von St. Louis

I. und II. Teil.

Aus dem Tagebuch des berühmten Detektivs  
**Nic Carter.**

Ein sensationelles Detektivspiel in 2 Teilen, 9 Akten.

I. Teil: „Der Juwelen-Diebstahl“.

II. Teil: „Der Millionen-Raub“  
im Bankhaus Henderson.

In d. Hauptr.: Bruno Elchgrün, Rita Clermont.

— „Meister-Wochenbericht“ —  
Neueste Ereignisse aus aller Welt.

Vorführungen Wochentags 5, 1/7 und 1/9 Uhr.  
Sonntag von 2—6 Jugend-Vorstellungen.  
Abends nur noch für Erwachsene.

## Täglich Künstler-Konzerte I

Heute Donnerstag:

„Der Henker von St. Marien“.

Ein mittelalterliches Ausstattungsspiel in 5 Akten.

„Die Schicksals-Stunde“.

Moderne Schauspiel in 5 Akten.

Altpapier, Zeitungen, Zeitschriften,  
dänische Milch- und Cognakflaschen,  
Wein- und Sektflaschen,  
Alteisen, Altmetalle, Lumpen kauft

Diamants Rohproduktenhandlg., Schneeberg, Str. 9

## Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplätterei

für Kragen, Manschetten, Oberhemden, Hauswäsche.

Anerkannt beste Ausführung.

Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln  
ist unter Garantie in meinem Betriebe ausgeschlossen.  
Ca. 20 Annahmestellen in der Umgebung.

Beste und leistungsfähigste Plätterei des Erzgebirges.

**J. Paul Breitschneider, Aue :: Fernruf 381.**

Bei mäßigen Preisen und schonendster Behandlung wird

## Herrenwäsche

zum Waschen und Plätten angenommen.  
**Ernst Papststraße 33.**

Häutel, Auch werden Kragen enger u. tiefer gemacht.

Frische Sprotten 1 Pfd. Mk. 8.00  
1/4 Pfd. Mk. 2.25

Fett-Bücklinge, empfiehlt

**Fritz Drechsler, Wettinerstr. 36.**

Tüchtiger branchefundiger

# Expedient Fräulein

für sofort gesucht, desgleichen ein

welches perfekt Schreibmaschine  
schreibt und stenographiert.

**J. Sinn, Herrenwäschefbr.**

wird Ostern eingest.

**Buchdruckerlehrling Edwin Blasnik,**  
Aue, Buchdrucker,  
Goethestraße 10.

Geschaftsinhaber, Witwer, sucht zur Führung des Haushalts

gefund. kräft. Fräul. od. Witwe

ohne Kind zum sofortigen Antritt. Heirat nicht ausgeschlossen.  
Angebote mit Bild unter „A. T. 253“ an die Geschäfts-  
stelle dieses Blattes erbeten.

## Oberhemden-Plätterei

sucht Dampfwäscherei und Neuplätterei von  
**J. Paul Breitschneider, Aue.**

**Gebe äußerst preiswert ab**

als Brotaufstrich feinsten, biden  
Sirup Wfd. nur 4.00 Mk.  
Boll-Reis . . . 4.60 „  
Graupen . . . 3.80 „  
br. Erbsen . . . 2.00 „  
Dorferklofen . . . 3.70 „  
Mais . . . 2.40 „  
Arie . . . 1.80 „  
Zwiebeln . . . 1.00 „  
K. Kubein.

**Richard Riedel,**  
Louis-Fischer-Str. 11.

**Schaftstiefel**  
(Handarbeit) kaufen Sie am  
vorteilhaftesten in  
Schädligs Schuhwarenhaus.

**Kopfhaarwässer**  
in großer Auswahl  
empfehle preiswert

**Stern & Gauger**  
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue  
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

# Geld

in jeder Höhe stets zu haben.  
Beschaffung von Kapitalien u.  
Teilhabern, Finanzierung von  
Unternehmungen, Grundstücks-  
und Hypothekensvermittlung.  
Rübers:  
**E. Schädlig, Aue i. Erg.,**  
Bodauer Straße 4.

**Kl. Weig. Wollbudel**  
Kübe, 4 Monate alt, in gute  
Hände zu verkaufen.  
**S. Hellbach, Schneeberg,**  
Langgasse 544.

**1 Stamm Hühner**  
1,4 bis 1,8 zu kaufen gesucht  
Angebote unter „A. T. 243“ an  
das Auer Tageblatt erbeten.

**Konzertina**  
(Ottav G-Dur) zu verkaufen.  
Auerhammerstraße 15 II.  
Wettinerstr.-Bahnhofstr.-Kon-  
zertina (Edwin Blasnik). Bitte abzugeben  
Wettinerstraße 25, 1.

**Samtgürtel verloren!**  
Wettinerstr.-Bahnhofstr.-Kon-  
zertina (Edwin Blasnik). Bitte abzugeben  
Wettinerstraße 25, 1.

**Samt- u. Seidenkleider**  
zu verkaufen.  
Aue i. Erg., Markt 5.  
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

**Samt- u. Seidenkleider**  
zu verkaufen.  
Aue i. Erg., Markt 5.  
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

**Samt- u. Seidenkleider**  
zu verkaufen.  
Aue i. Erg., Markt 5.  
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Das  
In et  
Republ  
betont, da  
leibhän  
halb des  
Staa  
Paris a  
reich, die  
Belpred  
Den D  
Kabinet  
Deutschl  
Webiete a  
Bon h  
arien a  
der Koble  
Der St  
Die W  
anhenpolit  
Eins läßt  
reichs Wuf  
Frankreich  
gen zwisch  
des Regier  
relbungsp  
es ab, die  
frage un  
tit sofort  
jezt eine  
menkunft  
wollte. E  
ste gegeben  
langte eine  
lungen mit  
der Sturz  
kommen is  
ordnen. E  
raschend.  
der Vinten  
die Rechte  
stoh porzuz  
die Spaltu  
ist nunme  
Frankreich  
daran ant  
nichts, das  
macht wer  
Zusammen  
bet, es er  
Kards gufe  
sichts der  
punkt Deu  
ist ja der e  
vollstän  
die Berhät  
tit der fra  
bereits dar  
Verstän  
darfen dar  
was man  
immer noc  
zu verfest  
mermehr  
folgen mü  
man dem  
Bedeutung  
Verhandlu  
Störung o  
belde Felle  
Halle wän  
Die V  
Rundschft  
die Bildung  
Woincare  
zweitens  
dieser dre  
sidentstaf  
tze Angel  
Verlautba  
Tatsache n  
fragt wer  
Nach s  
hat Bloch  
neiß imm  
Konferenz  
Berlitz  
am Mittw  
Leigues b  
Graf B  
Den V  
bildete et  
in. Ael of